

Berlin, 27. Januar 2015
sö-fh



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesvorstand

ver.di fordert bessere Bezahlung in der Altenpflege

MEDIENINFORMATION

5 „Die Beschäftigten in der Altenpflege müssen deutlich besser bezahlt werden, damit sie für ihre wertvolle und schwere Arbeit endlich angemessen entlohnt werden“, fordert **Sylvia Bühler**, Bundesvorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). ver.di fordere zudem einen bundesweiten verbindlichen Personalschlüssel in der Altenpflege. Ausreichend Personal und eine faire Bezahlung würden der Altenpflege die verdiente Anerkennung bringen und zudem eine bessere Versorgung für die älteren Menschen ermöglichen, betont die Gewerkschafterin.

10 Die heute vom Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, präsentierten Studienergebnisse belegten den großen Handlungsdruck. ver.di fordere deshalb die Bundesregierung auf, handfeste Maßnahmen zu ergreifen und die angekündigten Reformen dafür zu nutzen, die Arbeitsbedingungen grundlegend zu verbessern und dafür zu sorgen, dass von den Trägern tatsächlich ein angemessener Lohn gezahlt wird.

20 Es sei empörend, dass qualifizierte Altenpflegerinnen in einigen Regionen des Landes mit sehr niedrigen Löhnen, in Sachsen Anhalt beispielsweise mit lediglich 1.743 Euro abgespeist würden. „Die Altenpflege kommt Menschen so nah, wie kaum ein anderer Beruf. Es ist eine qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeit. Sie ist psychisch und physisch belastend. Dass viele Arbeitgeber die Empathie der Beschäftigten und ihr großes Engagement so schamlos ausnutzen können, muss aufhören“, betont Bühler. Die Pflegeberufe müssen insgesamt aufgewertet werden. „Eine examinierte Pflegekraft muss mindestens 25 3.000 Euro Grundvergütung im Monat erhalten.“

30 Niedrige Löhne, der Zwang zu Teilzeitbeschäftigungen, Befristungen ohne Sachgrund und zu wenig Personal würden das Arbeitsfeld unattraktiv machen. Die niedrigen Löhne und Teilzeitarbeiten würden zudem dazu führen, dass die späteren Renten der Altenpflegerinnen oftmals kaum die Lebenshaltungskosten decken könnten. Da zahlreiche private Altenheimträger Tarifverträge ablehnen, müsse ver.di diese in 35 langen und schwierigen Auseinandersetzungen durchsetzen. Um den Wettbewerb um die billigsten Löhne zu beenden, strebe ver.di einen allgemeinverbindlichen möglichst bundesweiten Tarifvertrag für die Altenpflege an, da gleiche Arbeit in allen Bundesländern gleichermaßen bezahlt werden müsse. Grundlage dafür sei der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

V.i.S.d.P.:

Martina Sönnichsen
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de